

Eine Familienministerin macht Bevölkerungspolitik Der Staat kauft sich Kinder

Es gibt also doch noch Sozialleistungen, die die Begünstigten nicht gleich zur Verantwortungslast verführen und sogar finanzierbar sind. Während sonst jede Bedürftigkeit als Last, wenn nicht als unverschämter Anschlag auf die Staatskasse durchschaut und abgeschmettert wird, hat die Familienministerin jedes Verständnis für die Nöte junger Familien.

„Die aktuelle Shell-Jugendstudie bringt das auf den Punkt. Mit einem wirklich glücklichen Leben verbinden Jugendliche in erster Linie Familie. Aber sie wissen auch ganz genau, dass es nicht einfach ist, Ausbildung, Beruf, Partnerschaft, Karriere und Kindererziehung unter einen Hut zu bringen. Die Folgen dieser Skepsis sind hohe Kinderlosigkeit und das Verschwinden der Mehrkindfamilie. Das heißt, Familie ist nach wie vor zeitgemäß, aber die Rahmenbedingungen, die wir als Gesellschaft Familien in 21. Jahrhundert zumuten, sind nicht mehr zeitgemäß.“

Frau von der Leyen hat kein Problem, einzuräumen, was für eine Zumutung eine Wirtschaft ist, die schon für bescheidenen Lohn den ganzen Menschen fordert und mit Beschlag belegt; und sogar denjenigen, die in ihr Karriere machen, geregelte Arbeits- und Freizeit verweigert. Wer einen ordentlichen Arbeitsplatz hat, lebt im und für den Job; freie Interessen, Liebesbeziehung und Kinderbetreuung werden da schwierig. Auf Familienmenschen dagegen, die auf die lieben Kleinen nicht, dafür aufs volle Geldverdienende verzichten, wartet das „Armutsrisiko Kind“. Das alles muss selbstverständlich so sein und bleiben. Daran kann und will die Familienministerin nichts ändern; aber auf diesem Feld – anders als in den anderen Abteilungen des Sozialstaats – setzen gewisse Hilfen fürs Aushalten der Zumutungen keine falschen Anreize, sondern genau die richtigen. Die Schwierigkeiten junger Eltern stehen beim Staat hoch im Kurs, weil sie ihm Schwierigkeiten machen. Mit einem neuen *Elterngeld* hilft er ihnen, um sich einen leider allzu unbefriedigten Wunsch zu erfüllen: Die Sphäre des privaten Glücks genießt öffentliche Wertschätzung ausdrücklich als *Keimzelle des Staates*: Sie soll ihm gefälligst wieder mehr neue Staatsbürger liefern. Denn die Verwalter der Macht sind in Sorge, dass das von ihnen regierte Volk in den nächsten 50 Jahren kleiner werden könnte – zu klein offenbar für das, was sie mit ihm vorhaben.

Mehr Volk für den Staat

Wer heute an Hitlers Mutterkreuze und an die edle Aufgabe erinnert, für deren Erfüllung sie verliehen wurden, brandmarkt einen Zynismus des Staates: In der Ehrung der Mütter dafür, dass sie Führer und Reich Kinder und damit zukünftige Soldaten schenken, gibt sich die Staatsmacht als letzter Zweck des gesellschaftlichen Lebens zu erkennen und erklärt die Menschen zum Material ihrer Selbstbehauptung und Größe. Über das längst vergangene Dritte Reich macht man sich nichts vor: Damals war der Mensch für den Staat da, nicht umgekehrt. Dasselbe Urteil stellt sich nicht ein, wenn Politiker heute das Land mit der Prognose erschrecken: „Die Deutschen sterben aus!“ und wenn sie in gesetzten Worten eine Politik zur Steigerung der Geburtenraten ankündigen:

„In Anbetracht steigender Kinderlosigkeit werden heute Maßnahmen gebraucht, welche die Entscheidung für Kinder erleichtern und die wirtschaftliche Stabilität von Familien stärken.“

Einerseits geniert sich die demokratische Familienministerin nicht, den öffentlichen Kinderwunsch als einen Dienst ihres Hauses an der familiären Idylle auszudrücken; nur um Glück und Erfolg der Eltern sei es ihr zu tun, wenn sie Maßnahmen gegen die Kinderlosigkeit ergreift: „Über dem Ganzen muss aber wieder die Grundmelodie zu hören sein, welches Glück Kinder in ein Leben tragen“. Genau dieses private Glück überlässt sie aber nicht der Privatinitiative, wie sonst auf allen Feldern; hier ist einmal nicht die Selbstverantwortung des mündigen Bürger gefragt, sondern die starke öffentliche Hand; es geht darum, dass „der

Staat die Voraussetzungen schafft, dass die Wahrnehmung der Erziehungsaufgabe in der Familie nicht zu beruflichen Nachteilen führt, dass eine Rückkehr in eine Berufstätigkeit ebenso wie ein Nebeneinander von Erziehung und Erwerbstätigkeit für beide Elternteile einschließlich eines beruflichen Aufstiegs während und nach Zeiten der Kindererziehung ermöglicht und dass die Angebote der institutionellen Kinderbetreuung verbessert werden.“

Andererseits verschweigt Frau von der Leyen auch nicht, dass diese öffentliche Fürsorge einem öffentlichen Bedürfnis entspringt: Deutschland braucht einfach wieder mehr Kinder. Gewiss, eine demokratische Familienministerin mahnt die Produktion neuer Menschen nicht zum Wohle des Staates an, sondern mit Blick auf die „Probleme einer alternden Bevölkerung“ zum Wohle des Volkes selbst: Mehr Volk fürs Volk! Bevölkerungswissenschaftler – ja, auch das gibt es! – erläutern diesen Bedarf, indem sie die lächerliche Vorstellung nahe legen, es wären für die viel zu vielen Alten keine Krankenschwestern und Pfleger mehr aufzutreiben, wenn die deutsche Bevölkerung im Jahr 2100 von 82 auf circa 70 Millionen geschrumpft und der Anteil der Über-60-Jährigen gestiegen sein wird. Nebenbei bemerkt existiert ein Mangel an diesen Kräften nicht erst in 50 Jahren, sondern jetzt in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit; es fehlt nicht an arbeitsfähigen Jungen, sondern an Geld. Die Armut der Rentner lässt eine anständige Bezahlung der Pflegekräfte, also auch eine anständige Pflege nicht zu.

Von der Überzeugungskraft der Frage: Wer wird uns einmal pflegen? – macht kein Bevölkerungsplaner etwas abhängig, sie dient nur als populäres Bild für die nationale Unerträglichkeit einer schrumpfenden Bevölkerung und eines steigenden Durchschnittsalters, für die man ein noch besseres Argument nachlegt: Wie sollen die Renten finanziert werden, wenn immer weniger arbeitsfähige Junge mit ihren Sozialversicherungsbeiträgen immer mehr Rentner unterhalten müssen? Was wie eine rationale Rechnung zur Demonstration der kommenden demographischen Katastrophe vorgeführt wird, ist nichts anderes als die Übersetzung einer ewigen kapitalistischen Not in ein sachzwanghaftes, quasi biologisches Verhältnis von Generationen und ihren relativen Größen: Unmöglich, sollen wir denken, auf den Schultern eines jeden aktiven Beitragszahlers lasten dereinst zwei Rentner! Erstens wird da also auch für das nächste Jahrhundert unterstellt, dass die arbeitende Bevölkerung vom Kapital nach Strich und Faden ausgelutscht, nach etwa 40 Arbeitsjahren verbraucht, krank und intellektuell fertig ausgemustert und selbstverständlich nicht weiter bezahlt wird; dass sie zweitens ihren Lebenslohn schon verbraucht hat, wenn sie ihre Arbeitsstätte verlässt, mittellos dasteht und von den nachrückenden Jahrgängen nicht einfach mitversorgt wird, sondern drittens ihre Rente über prozentuale Abzüge aus dem nationalen Gesamtlohn bezieht, den die Arbeit der dann nötigen Arbeitskräfte dem Kapital wert ist. Viertens gehen die Katastrophen-Warner davon aus, dass die Einkommen auch im neuen Jahrhundert nicht steigen werden, sich die dann aktiven Jahrgänge die Lohnabzüge für die Versorgung ihrer Elterngeneration also nicht werden leisten können. Fünftens wird dagegen entschlossen ausgeblendet, dass eine neue Generation Deutscher nicht dasselbe ist wie deren 100%ige Beschäftigung; dazwischen steht allemal die Wirtschaft mit ihrem Arbeitskräftebedarf, den sie auch in Zukunft mit allen verfügbaren Instrumenten senken wird. Wie man es auch dreht und wendet, das ganze Bild vom Rentnerberg, der Jugend zu seiner Versorgung braucht, drückt nur eines aus: Politiker wollen sich die Versorgung der Alten nur als Abfallprodukt eines stets wachsenden nationalen Kapitalismus vorstellen; um dieser Wirtschaft ihren wichtigsten Produktionsfaktor – genug billige Arbeit – zur Verfügung stel-

Fortsetzung Seite 2, Spalte 4 oben

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

Vortrag mit Diskussion

Die Politik besichtigt die Ergebnisse ihrer Verarmungsstrategie: kein Proletariat, keine Klassen, aber

Die „Unterschicht“ macht sich breit!

Die arbeitende Klasse heißt hierzulande nicht so. Trotzdem weiß jeder, wer gemeint ist, wenn Politik und Wirtschaft mit Lohnsenkungen, Niedriglohnmodellen und Hartz-Gesetzen das Wachstum voranbringen. 10 Millionen gelten mittlerweile nach staatlicher Rechnung als arm.

Die, die allen Grund hätten, laut zu werden, fügen sich still in ihr Los. Die Elite aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft dagegen liefert sich ein lautstarkes Gefecht über die neu entdeckte Unterschicht. Wer fällt in diese Schicht rein? Im Prinzip kann es jeden treffen so wie neulich den BenQ-Ingenieur. Wie gerät man in die Unterschicht? Durch eine Verkettung unglücklicher Umstände wie Kinderreichtum, Bildungsarmut und Krankheit. Unterschicht ist der Name für dieses Zufallsprodukt, für das keiner etwas kann. Dass Armut in diesem System nicht zufällig, sondern notwendig ist, der soziale Abstieg die Karriere einer ganzen Klasse vorzeichnet, die von Lohnarbeit leben muss, es aber immer weniger kann – das alles wird zielstrebig gelöst.

Der Skandal, den die Debatte ausmacht, liegt nämlich nicht in den vielen Armen, sondern in ihrer verkehrten Einstellung. Resignation und Hoffnungslosigkeit hat der SPD-Vorsitzende Beck in der sogenannten Unterschicht entdeckt. Das hält nicht nur er für eine tickende Zeitbombe. Kollege Steinbrück warnt die Reichen davor, die Lage zu ignorieren, bis die ersten Autos in Villenvierteln brennen so wie in Paris. Nicht Politik und Wirtschaft machen den Leuten Probleme, die verarmte Unterschicht macht der Gesellschaft Probleme. Das ist eine klare Ansage, oder?

Donnerstag, 07. Dezember 2006, 20.00 Uhr

K4 im Künstlerhaus, Festsaal, Nürnberg, Königstr. 93

www.gegenstandpunkt.com / gegenstandpunkt@t-online.de

Friedensnobelpreis für einen Bankier

Geschäft ist Hilfe, Kredit ist Menschenrecht

Das norwegische Parlament, das zur Erinnerung an einen der größten Rüstungsfabrikanten und Kriegsgewinnler den weltweit bedeutendsten Friedenspreis verleiht, hat wie stets eine würdige Wahl getroffen. Ein Kriegsherr, der seine Sache gerade zu Ende gebracht und Frieden geschlossen hat, war wohl nicht zu finden, so hat man einen anderen Wohltäter der Menschheit geehrt: Den Bankier Mohammad Junus aus Bangladesch. Er hat dadurch von sich reden gemacht, dass er in seinem Land eine Art Raiffeisenbank gegründet hat, die kleine und kleinste Summen auch an die ganz Armen verleiht, indem sie auf pfändbare Sicherheiten verzichtet, die die ohnehin nicht stellen könnten. Die Sicherheiten ersetzt seine Grameen-Bank (Dorf-Bank) durch eine intensive Überwachung und soziale Kontrolle der Schuldner, eine Technik, die ihr die gigantische Rückzahlungsquote von über 98% ihrer Ausleihungen einträgt. Auf sie nimmt die Bank 20% Zinsen im Jahr – immer noch viel weniger, wie es heißt, als die Wucherer, die sie damit verdrängt. Mit ihren Zinserträgen und stetigen Rückflüssen, mit Spar-Einlagen und dem Verkauf von Genossenschaftsanteilen an ihre Kunden vergrößert die Dorf-Bank ihre Finanzkraft stetig, weitet ihr Geschäftsfeld auf immer neue Dörfer und Dörfler aus und wächst damit noch in ganz andere Dimensionen hinein. Zusammen mit Telenor ist sie inzwischen Eigentümer des größten Mobilfunkbetreibers des Landes – und findet ob ihrer Erfolge weltweit immer mehr Nachahmer auch unter global agierenden Privatbanken, die sich das neu erschlossene Geschäftsfeld nicht entgehen lassen wollen. Das Interesse des echten Finanzkapitals, weit davon entfernt, das edle Entwicklungsprojekt zu diskreditieren, adelt es endgültig als realitätstaugliches Bankgeschäft.

Natürlich wird der Preis des schwedischen Dynamit-Produzenten nicht für eine Finanzinnovation verliehen, mit der sich auf neuen, bisher ungenutzten Feldern Geld machen lässt, sondern für Verdienste um die höchsten Ideale des modernen Imperialismus: Frieden und Entwicklung. Preiswürdig findet das Komitee die bengalische Geschäftsidee denn auch wegen ihres Beitrags zur „Entwicklung von unten“: Der „Bankier der Armen“ hat „Millionen Menschen aus der Armut geholfen.“ (HB 16.10.06) Das dürfte übertrieben sein. Was sich aber sagen lässt, ist, dass Junus mit seinen Mikrokrediten aus untätigen, überlebensunfähigen und nutzlosen Armen fleißig, schachern-

de, dienstleistende und Zinsen zahlende Arme gemacht hat. Und es ist keine Lüge, sondern eine zynische Wahrheit über die ökonomischen Existenzbedingungen auch in der sogenannten Dritten Welt, dass die Indienstnahme des Überlebenskampfes der Armen zugunsten des Bankkapitals den Charakter einer Hilfe, ja der einzig realistischen und wirksamen Hilfe annimmt.

Wo Kredit Hilfe, gar unverzichtbar dafür ist, dass einer an die ihm absolut nötige Arbeit gehen kann, sind alle traditionellen Formen von Kooperation, Arbeitsteilung und sozialem Verbund durch die Macht des Privateigentums aufgelöst und zerstört. Dieses Eigentum aber gehört, wie ihr Name schon sagt, nicht den Armen. Auch sie stehen in einer Wirtschaft, in der sich alles ums Geld dreht, sind auf Ge-deih und Verderb aufs Geldverdienende angewiesen – und ohne Geld. Für sie sind schon primitivste Arbeits- und Produktionsmittel – Saatgut, Nähmaschine, Wasserpumpe – unerreichbar. In dieser Situation, in der alle Bedingungen beisammen sind und nur noch ein Geldvorschuss dafür fehlt, dass der mittellose Arme sich in einen Erwerb stürzt und mit seinen Anstrengungen um einen Lebensunterhalt noch Zinsen abwirft, kann eine Bank helfen. Wenn der Kapitalismus erst einmal Platz gegriffen hat, geht nichts mehr ohne Kapital – und sei es in homöopathischen Dosen. Die mit Startgeld ausgerüsteten Kleinstunternehmer haben nun das Glück, mit ihrem Angebot sich erstens gegen die Konkurrenz der industriell erzeugten Importprodukte aus den entwickelten Ländern, zweitens gegen den kämpferischen Geschäftssinn von ihresgleichen behaupten und drittens die Ansprüche ihres wohl-tätigen Gläubigers befriedigen zu dürfen – ehe ihre Arbeit sie ernährt.

Besonders stolz ist Professor Junus darauf, dass sein Entwicklungsprojekt nicht zum x-ten Mal auf Mildtätigkeit hinausläuft, sondern sich in ein echtes Geschäft übersetzt – „ein Geschäft wie jedes andere“ (HB) –, das sich erstens selbst finanziert und wächst und zweitens dafür sorgt, „dass auch die Ärmsten der Armen selbst für ihre Entwicklung arbeiten können.“ (La Sicilia, 14.10.06) So hat er, wie das Nobel-Komitee meint, mit seiner Geschäftsidee „mehr für die Entwicklung von unten bewirkt als viele Milliarden auswärtiger Entwicklungshilfe.“

Fortsetzung Seite 3, Spalte 4 Mitte

Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

Politologen „beschreiben“ die Demokratie: Demokratische Herrschaft ist gut weil sie klappt

Die klassische Staatstheorie: Herrschaft muss sein als Dienst an den Beherrschten

Seit eh und je untersuchen Staatstheoretiker nicht die jeweils existenten Staaten, um herauszufinden wie diese funktionieren, welchen Zwecken sie dienen, wem sie also nützen und wem sie schaden. Denn dass da irgendwem geschadet wird, wenn herrschaftliche Gewalt ausgeübt wird, liegt irgendwie auf der Hand; es bräuchte diese *Gewalt* ja sonst nicht. Staatstheoretiker widmen sich vielmehr der interessanten Frage, welche Herrschaft als *legitim* anzusehen ist, welche Gewalt also grundsätzlich in Ordnung geht.

Die klassischen Staatswissenschaftler haben sich kritisch gegen die *theologische* Legitimation staatlicher Herrschaft gewandt. Die Begründung absolutistischen Regierens als von Gottes Gnaden installiert hielten ein T. Hobbes und J. Locke für – vernünftig betrachtet – nicht haltbar. Damit wollten sie sich aber nicht gegen das Regieren aussprechen, sondern die Prinzipien „vernünftiger“ Herrschaft festlegen, deren Notwendigkeit einzusehen sein sollte. Sie haben die Prinzipien des bürgerlichen Staates propagiert, noch ehe es ihn gab. Die Lebenslüge dieser Regierungsform, im Auftrag und letztlich zum Wohle sämtlicher Beherrschten da zu sein, hatte damals allerdings noch nicht den Charakter unhinterfragbarer Allgemeinbildung. Das veranlasste die damaligen Vertreter bürgerlicher Herrschaft zu dem Versuch zu begründen, warum der Mensch zu seinem Wohle eine Herrschaft über sich braucht, die ihn beschränkt. Eine Menschennatur wurde vorstellig gemacht, die einerseits, aus einer Kombination von Selbstsucht und Selbsterhaltungstrieb heraus ihresgleichen ständig gewalttätig niedertrachtet, und andererseits das genau gegenteilige Bedürfnis nach gewaltsamer Befriedung durch eine allgemeine Macht verspürt. Diese, obwohl aus den Reihen der selbstsüchtigen Gewalttäter rekrutiert, soll dann deren menschnatürliche Eigenschaft abgestreift haben und nur noch das ebenso menschnatürliche Bedürfnis nach allgemeinverbindlicher Unterordnung bedienen. Dieser Widerspruch ist die Grundlage, auf der die Demokratie als Herrschaft *durch* das Volk und *über* das Volk abgeleitet wurde, und die Basis für die staatstheoretische Debatte darüber, wie ein solcher Widerspruch am besten hinzuorganisieren sei.

„Politische Theorie“ heute: Hauptsache die Herrschaft funktioniert

Moderne Politologen haben es nicht mehr nötig, die Notwendigkeit von Herrschaft theoretisch nachzuweisen und die demokratische Herrschaftsform damit zu begründen. Wenn sie sich die Demokratie zum Gegenstand machen, können sie davon ausgehen, dass es sie gibt. Demokratie muss nicht mehr gefordert werden, man kann sie wissenschaftlich „beschreiben“.

„Man kann die politische Philosophie von der politischen Theorie durch die Annahme unterscheiden, dass erstere normative Kriterien für eine politische Ordnung vorgibt und damit Empfehlungen ausspricht, wie diese beschaffen sein soll, während letztere rein deskriptiv verfährt.“ (Becker, Michael 2003: *Klassische und moderne politische Philosophie*, in: Mols/Lauth/Wagner (Hrsg.), *Politikwissenschaft: Eine Einführung* S.175)

„Im Vordergrund stand nunmehr der Anspruch, intersubjektiv prüfbar Aussagen über die politische Realität zu gewinnen, also darüber, wie die politische Realität verfasst ist und warum sie so ist, nicht aber wie sie sein soll.“ (Thiery, Peter 2003: *Moderne politikwissenschaftliche Theorie*, in: Mols u.a. (Hrsg.), *Politikwissenschaft ...* S.211)

Witzigerweise beginnt die deskriptive Analyse mit folgender „erkenntnisleitenden Grundfrage“ (Thiery):

„Wie erreichen es politische Systeme, sich in einer Welt, die zugleich Stabilität und Wandel aufweist, zu behaupten?“ (Easton, David zit. nach Thiery, a. O. S. 217)

Wer so anfängt, der nähert sich seinem Forschungsgegenstand eben nicht „deskriptiv“,

sondern erklärt die Parteilichkeit für ihn zum Ausgangspunkt seiner Forschung. Es ist nicht die Beschreibung einer Sache und schon gar nicht ihre Erklärung, wenn man von ihr – mit bewunderndem Unterton – feststellt, dass es sie gibt und zwar dauerhaft. Jeder Naturwissenschaftler würde sich lächerlich machen, wenn er die Beständigkeit seines Gegenstands als dessen erklärens-würdige Eigenschaft bezeichnen würde. Die Kenntnis von den gesetzmäßigen Bestimmungen einer Sache gibt Auskunft darüber *wie* es sie gibt, und das ist um einiges mehr als die armselige Feststellung, dass sie irgendwie von Dauer sei. Politologen hingegen, halten genau das für den entscheidenden Witz an ihrem Forschungsgegenstand. An politischer Herrschaft, oder, fachmännisch ausgedrückt, am „politischen System“ thematisieren sie nicht dessen Bestimmungen und Zwecke, sondern den Umstand, dass und wie lange es funktioniert.

„Das politische System funktioniert bzw. überlebt so lange, wie es seine beiden Grundfunktionen erfüllen kann: zum einen also Entscheidungen zu treffen, zum andern für bindende(?) Akzeptanz zu sorgen.“ (Thiery, a.a.O.)

Eine Herrschaft funktioniert also dann, wenn sie Entscheidungen trifft, denen gehorcht wird, also eben so lange, wie sie Herrschaft ist. So „erklärt“ man klassisch eine Sache mit sich selber, erklärt sie also nicht, sondern affirmiert sie. Und wenn man das Herrschen zur Grundfunktion für eine Gesellschaft erklärt, die unbedingte Erfüllung werden muss, dann affirmiert man diese Gesellschaft gleich mit. Ganz ohne Argument. Wer die „politische Realität“ so „beschreibt“, der braucht gar keine „normativen Kriterien“ an die Herrschaft anzulegen, weil seine ganze Betrachtungsweise positiv eingenommen ist von ihrem Funktionieren. Nicht weil sie gut ist, soll es eine Herrschaftsform geben (um diesen Nachweis bemühten sich die klassischen Staatstheoretiker), sondern gut an ihr ist, dass sie funktioniert, also durchregiert wird und die Regierten das hinnehmen.

Demokratie: legitim und stabil

Die politologischen Fachausdrücke für diese Pluspunkte einer Herrschaft heißen Stabilität und Legitimität. Mit ihnen geht der Politologe vergleichend auf die Welt los und wird bei der Demokratie in erfreulicher Weise fündig.

„Die Liste der Argumente, die für die Demokratie sprechen ist lang, und die Qualität der Argumente verdient Beachtung. Dass sie eine legitime Herrschaft ist, also anerkennungswürdig und anerkannt, spricht für sie. Und dass sie den Test der „politischen Produktivität“ ... so gut besteht, unterstreicht ihre tendenzielle Überlegenheit. Nicht zufällig gilt sie vielen Beobachtern als die beste Staatsform.“ (Schmidt, Manfred G.: 2000 *Demokratiethorien – Eine Einführung*, S. 499)

Von wegen nicht „normativ“! Ziemlich umstandslos landet die „deskriptive“ Verfahrensweise der politischen Theorie bei ihrer zusammenfassenden „Aussage über die „politische Realität“: ein schallendes Hoch auf die Demokratie als beste Staatsform. Und die „lange Liste“ der Argumente für das Hurra, fasst sich zusammen in der Aussage, dass da regiert und pariert wird. Gar nicht versehentlich wird „anerkennungswürdig“ mit „anerkannt“ quasi synonym gesetzt. Mit dem Nachweis, dass es für die Beherrschten guten Gründe gebe, ihre Herrscher zu akzeptieren, weil die ihnen Gutes täten, hält sich die moderne Politologie nicht mehr lange auf. Dass die *Verfahrensweise*, die entscheidet, wer an die Macht kommt, Beleg dafür ist, dass in der Demokratie das Volk Souverän der Macht ist, das Regieren also im Einvernehmen mit den Regierten erfolgt, wird als selbstverständliche Voraussetzung allen Problematizierens unterstellt. Als Nachweis für die Legitimität demokratischer Herrschaft reicht jedoch der Verweis, dass das Volk seine Regierung gut findet.

Am Gedanken der Volksouveränität schätzen Politologen seinen legitimatorischen Charakter. Sie bemerken aber auch, dass er im Widerspruch steht zur Souveränität der Regierung über das Volk. Und deren Parteigänger sind sie. Also warnen sie:

„Führt das Stimmvolk den Staat am kurzen Zügel, verurteilt es mitunter die Politik zur Hilflosigkeit, ... Ferner ist die große Integrations- und Befriedigungskapazität der Direkt- und der Referendumdemokratie ... mit meist langwieriger Willensbildung erkaufte worden, aber auch mit Anfälligkeit für populistische Politik.“ (Schmidt a. a. O. S. 519)

Demokratische Politik, die tut, was das Volk will, kommt gar nicht zu dem, was sie eigentlich zu tun hat und was also keineswegs mit dem Wohlergehen des gesamten Volkes identisch ist. Es steht dazu ganz offensichtlich im Widerspruch, wenn es durch allzu viel Rücksichtnahme auf das Volk verhindert wird. Das ganze Gerede von der Akzeptanz, die die Legitimität demokratischen Herrschens begründet, ist so gemeint: Das Stimmvolk hat zu akzeptieren, was die Politik tut, gerade wenn und weil es nicht das ist, was es für sein Wohl hält. Dass demokratisches Volk einigen Grund für unfriedlichen Protest hat, wird zugestanden, spricht aber nicht gegen demokratische Herrschaft, sondern begründet einen Auftrag an sie. Sie hat sich nicht vom Stimmvolk abhängig zu machen, sondern dafür zu sorgen, dass es sich gefallen lässt, was seine Regierung ihm einbrockt. Wenn ihr das gelingt ist sie legitim. Die Legitimität demokratischer Herrschaft, die die politische Theorie ihren Pluspunkt festhält, ist also Mittel für das, worauf es ihr an der Demokratie als entscheidend ankommt: eine stabile Regierung zu gewährleisten.

Auf diese Reihenfolge kann ein Politologe gar nicht eindringlich genug hinweisen, vor allem angesichts der anstehenden „Herausforderungen“, die er ganz ohne wissenschaftliche Distanz der realen Politik nicht als deren zu beurteilende Absichten, sondern als Sachzwänge ablauscht:

„Die Staatsverschuldung und der politische Tumult, den eine Finanzpolitik, die auf den Abbau der Verschuldung setzt, regelmäßig hervorruft, sind lehrreiche Exempel. Das nährt den Verdacht, dass die Fehlerkorrekturfähigkeit, der Demokratie, die Toqueville noch als einen besonderen Vorzug dieser Herrschaftsweise wertete, erheblich geringer als erwartet ist, nur unter bestimmten Bedingungen zustande kommt, und möglicherweise bestandskritische Werte unterschreiten kann. ...

Doch die Problemlast der Demokratie könnte sich zu einem gewichtigen Legitimationsdefizit wandeln. Das ist vor allem zu erwarten, wenn die Regierungsparteien oder die Opposition oder beide die Demokratiedefekte zur politischen Streitfrage erklären, und wenn zugleich keine kurzfristige Abhilfe des Mangels in Sicht wäre. Bleibt als Ausweg nur die Verbesserung der Fehlerkorrekturfähigkeit. Ob dies vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik möglich ist, wird sich in den nächsten Dekaden vor allem daran ablesen lassen, ob die Demokratien die hohen Staatsschulden reduzieren und das von ihnen selbst geschürte Sozialausgabenwachstum finanziell konsolidieren können.“ (Schmidt, a. a. O. S. 536 ff.)

Mit der Feststellung, dass das Wohl des Staates dem seiner Bürger entgegensteht, hat die „moderne“ politische Theorie kein Problem. Im Gegenteil! Dass einige Demokratien dem Umstand, dass Teile ihres Staatsvolks in der staatlich garantierten Wirtschaftsweise nicht überleben können, mit der Zuteilung von ein paar Cent sozialstaatlicher Überlebenshilfe begegneten, kreierte ihnen die Politologie als dringend zu korrigierenden Fehler an. Und sie macht sich Sorgen. Nicht um das Überleben derer, die bisher und in zunehmendem Maß auf die zu streichenden Sozialleistungen angewiesen sind, sondern um die „Bestandsfähigkeit“ der Demokratie, die diesen Übelstand im Interesse der Staatsfinanzen abzustellen hat. Wird die angesichts der anstehenden „Herausforderungen“ die Akzeptanz ihres Stimmvolks verlieren („Legitimationsdefizit“!), oder wird sie, schlimmer noch, vor lauter Schielen auf dessen Unwillen bei der Fehlerkorrektur versagen?

„Auch diese Staatsform laboriert an beträchtlichen Mängeln. Und Überlastung durch alte und neue Herausforderungen ist nicht ausgeschlossen.“ (Schmidt, a. a. O. S. 539)

Als Einwand gegen die Demokratie ist das nicht gemeint, sondern als Auftrag an sie: Sie hat die Staatsinteressen machtvoll gegen ihre Bürger durchzusetzen und gleichzeitig durch „Bildung und Schulung des Bürgers als Staatsbürger“ dafür zu sorgen, dass die ihre Beschränkung nicht nur als notwendig hinnehmen, sondern sie als Verwirklichung des „Allgemeinwohls“ begrüßen. Wenn das klappt, dann ist eine Demokratie „etabliert“ – und dann ist sie gut.

DER STAAT KAUFT SICH KINDER
Fortsetzung von Seite 1, Spalte 2 unten

len zu können, brauchen sie eine am besten wachsende, jedenfalls nicht abnehmende Bevölkerung. Davon, dass für den Bedarf des Kapitals jetzt schon viel zu viele Menschen auf deutschem Raum leben, lässt sich ein Bevölkerungspolitiker nicht irritieren: Da weiß er plötzlich, dass sich der Bedarf des Kapitals nach Menschen nicht vorausberechnen lässt; Nachwuchs also stets ein Lebenselixier des nationalen Kapitalismus ist. Politiker und Ökonomen scheuen sich nicht, einen drohenden Verlust der Wachstums-Dynamik der deutschen Wirtschaft vorherzusagen, wenn das Kapital dereinst nicht überreichlich mit Menschenmaterial versorgt werden sollte. Dafür braucht der Staat Nachwuchs – freilich nicht nur dafür, und deswegen auch nicht jeden x-beliebigen.

Mehr deutsches Volk

Wenn es denn tatsächlich so wäre, dass das Arbeitskrätereservoir, aus dem die Wirtschaft sich bedient, wegen des Schrumpfens der Bevölkerung austrocknete, wenn den Rentenkassen die Beitragszahler tatsächlich nicht wegen der Arbeitslosigkeit, sondern aus biologischen Gründen ausgingen und den Altenheimen die Pfleger fehlten – Kinder gäbe es auf der Welt genug. Das Wachstum der Weltbevölkerung ist so groß, dass es als Menetekel für die Stabilität von Staaten und Ökonomien gilt; gleichzeitig findet die deutsche Regierung das Wachstum ihres Volkes absolut unzureichend. Tatendurstige junge Leute aus Afrika und Eurasien werden von den Grenztruppen der Europäischen Union vor den Kanarischen Inseln, vor Italien und im Osten sehr leichtträchtig an dem Versuch gehindert, in all die Rollen einzuwandern, die die deutsche Regierung künftig unterbesetzt sieht. Sie würden mit Handkuss die schlimmsten Drecksarbeiten der ersten Welt erledigen und auch noch Geld in die Sozialkassen einzahlen – wenn man sie liebe und wenn es die Jobs gäbe, für die es angeblich in Deutschland bald nicht mehr genug Personal geben soll. Der Kinderwunsch des Staates richtet sich halt doch nicht einfach auf Arbeitskräfte für die Wirtschaft – diese Rolle würden Einwanderer auch ausfüllen –, sondern auf hier geborene und aufgewachsene Deutsche; noch nicht einmal auf Kinder von Ausländern, die schon im Land sind: An „ausländische Eltern, die nicht auf Dauer in Deutschland bleiben werden, wird kein Elterngeld gezahlt.“ (Singhammer, CSU). Den Ausländern – natürlich erst recht denen, die man wieder loswerden will – trauen Familienpolitiker die Leistung nicht zu, auf die es ihnen ankommt: Mögen die Zuwanderer als biologische Keimzelle des Staates funktionieren, sogar besser als die Eingeborenen, als zugleich sittliche Keimzelle des zukünftigen Volkskörpers sind sie unzuverlässig. Von Fremden, die unsere Leitkultur nicht intus haben, nicht richtig wissen, worauf es hier ankommt, und ihren Kindern wer-weiß-was-für Einstellungen und Werte eintrichtern, will die Familienministerin die Zukunft der Nation nicht abhängig wissen. Sie setzt auf deutsche Eltern, die bereit sind sich ihrer reproduktiven Verantwortung für „unsere Zukunft“ zu stellen, denen die Fortpflanzung daher eine sittliche Selbstverständlichkeit ist. Von Eltern mit einem solchen Verantwortungsbewusstsein erwartet sie sich dann auch anständigen Nachwuchs, der neben den Tugenden von Erwerbssinn und Aufstiegswillen vor allem die deutsche Identität schon mit der Muttermilch eingesaugt hat.

Mehr gutes Volk

Aus demselben Grund kennt die Regierung außer dem nationalen ein *soziales Selektionskriterium*, wenn sie sich neues Volk bestellt: Es geht nicht um deutschen Nachwuchs überhaupt, es geht um *staatstragendes Volk*. Und dazu gehört die neuerdings auch so genannte Unterschicht definitiv nicht. Von der gibt es längst zu viele Exemplare, zumal ausgerechnet die ganz Armen durchaus zu einem gewis-

Fortsetzung Seite 4, Spalte 1 oben

Sozialistische Gruppe
Erlangen Nürnberg (SG)
c/o Sprecherrat, Turnstr.7, Erlangen
www.sozialistischegruppe.de

E.i.S.; V.i.S.d.P.: E.Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

Kulturell hochstehende Fußnote zum „Kampf der Kulturen“ Hans Magnus Enzensberger: Versuch über den radikalen Verlierer

Der angesagten Angst vor dem islamistischen Terror stellt sich das deutsche Volk mit Umsicht und Wehrhaftigkeit. Jeder hilft mit beim Aufpassen auf unbewachte Gepäckstücke, gelegentlich wird schon mal vorsichtshalber die Notbremse gezogen, und jeder hat für die so verursachte Zugverspätung Verständnis. Ein memmenhaftes Opernhaus setzt eine Inszenierung mit Hinweis auf möglicherweise zu erwartende intolerante Reaktionen ab, und alle nehmen leidenschaftlich an der sogleich eröffneten Debatte über Feigheit vor den Feinden der Meinungsfreiheit teil. Satiriker wiederum dürfen ganz locker mit der Gefahr umgehen („Selbstmordattentäter, komm ein bisschen später!“) – kurz: die Abwehrbereitschaft steht, und das dazugehörige Feindbild auch: Es gibt welche, die hegen einen grundlosen Hass gegen unsere Zivilisation, also gegen *das Gute* in der Welt und berufen sich dafür auf den Koran. Was von ihnen zu halten ist, hat Präsident Bush abschließend formuliert: „Wir kennen sie nicht, aber wir wissen, sie sind böse.“ Dem deutschen Intellektuellen Enzensberger ist das zu primitiv. Er bohrt tiefer, fragt nach den Handlungsgründen der islamistischen Attentäter und eröffnet seine entsprechende Untersuchung mit einer interessanten Frage:

„Gibt es Gemeinsamkeiten zwischen dem einsamen Amokläufer, der in einem deutschen Gymnasium um sich schießt, und den organisierten Tätern aus dem islamistischen Untergrund?“

Seine Frage enthält die ganze Antwort, denn der Vergleich, in den er beide rückt, postuliert und schafft die Gemeinsamkeit, nach der er so unschuldig fragt: Der Vergleich reduziert beide auf etwas Gemeinsames und das ist zu haben, wenn man nur konsequent alle Besonderheiten und Zwecke weglässt, um die es dem einen wie den anderen zu tun ist.

– Da ist einerseits ein Schüler, der seine Relegation vom Gymnasium als Anschlag auf seine persönliche Ehre nimmt und für diese Demütigung Rache übt, indem er für eine Stunde Herr über Leben und Tod spielt, Lehrer, Mitschüler und dann sich selbst erschießt.

– Da ist andererseits ein Kollektiv religiös inspirierter Widerstandskämpfer, die aus Unzufriedenheit über den Status, den die arabischen Staaten in der imperialistischen Weltordnung einnehmen, einen überaus asymmetrischen Krieg gegen die auch den Nahen Osten beherrschende amerikanische Weltmacht und ihre Verbündeten führen; selbstverständlich mit den Mitteln, die auch ohnmächtigen Feinden noch zu Gebote stehen: mit Terroranschlägen und Selbstmordattentaten. Denn wenn sie ihre Anschläge davon abhängig machen wollten, dass sie selbst noch eine Chance haben davonkommen, würden sie sogar diese demonstrativen Kriessakte nicht zustande bringen.

Um beide Fälle als das Gleiche zu erkennen, hält sich der Dichter ans Resultat: „Opfer und Täter tot“. Dieses Ende deutet er dann als deren von vornherein angestrebtes und ganzes Ziel: Sinnlose, selbstzerstörerische Gewalt. Die Gleichsetzung, bei der natürlich der durchgeknallte Erfurter Gymnasiast die islamistischen Kämpfer charakterisiert – nicht umgekehrt, streicht von deren Kriessakten den politischen Gehalt und die Zielsetzung weg und macht sie zu einem rätselhaft sinnlosen Tun, das nur noch psychologisch zu erklären ist. Was geht in solchen Typen vor, wie steht es um ihre seelische Verfassung? Auch positiv tut die Gleichsetzung der Repräsentanten des islamischen Antimperialismus mit einem schießwütigen Verteidiger seiner Schülerehre gute Dienste: Darüber erschließt sich dem Dichter, was für eine Sorte psychischer Entgleisung er da vor sich hat: Alles *loser!*

Die Entdeckung eines neuen anthropologischen Typus: Der radikale Verlierer

Kaum entdeckt fällt Hans Magnus auf, wie oft er diesem unsympathischen Typ begegnet: Hitler, Stalin, Öcalan, ein „Haushaltsvorstand“, der wegen ehrenrühriger Kreditüberziehung sich und die Seinen massakriert – und auch sonst alle Leute, die ein Demokrat 2006 nicht leiden kann: Nichts als *loser*. Dieser englisch benannte Menschenschlag zeichnet sich dadurch aus, dass er nicht anders kann als jede Chance zu vergeigen, weil er halt so einer ist und deshalb auch so heißt. Sein Misserfolg in

der Konkurrenz spricht nicht gegen diese, sondern gegen ihn. Gefährlich wird der *loser*, wenn er sich in seine selbst verschuldete Niederlage nicht schicken will, sondern „radikal“ wird, d.h. als geborener Verlierer auch noch rebelliert. Was in seinem Inneren alles an Motiven und Dispositionen zusammenkommen, was an Verarbeitung daneben gegangen sein muss, weiß keiner besser als Hans Magnus.

„Größenfantasie und Rachsucht, Männlichkeitswahn und Todeswunsch gehen auf der verzweifeltten Suche nach einem Sündenbock eine brisante Mischung ein, bis der radikale Verlierer explodiert und sich und andere für sein eigenes Versagen bestraft.“

So sieht aus, was der Autor wohl eine Theorie nennen würde: Die einzelnen Teile seines Satzes sagen immer wieder dasselbe und der ganze Satz noch einmal; die vier Motive, die als Antriebe verstanden werden sollen, haben denselben Inhalt wie das, wozu sie antreiben – und alles zusammen pinselt das schon bekannte Bild von einem Aufbegehrenden aus, der mit all seiner Gewalt gegen andere in Wahrheit nur das eigene blamable Ich vernichten will: Obwohl ein kleiner Wicht und, wie der kritische Intellektuelle findet, ziemlich unmännlich, will der radikale Verlierer groß und männlich sein; obwohl er als *loser* an seinem Versagen selbst schuld ist, sucht er einen Sündenbock, um sich an ihm zu rächen; zugleich aber weiß er genau, dass niemand außer ihm etwas für sein Elend kann, und hat also den aparten Wunsch, sich zu bestrafen und zu töten, wenn er andere tötet. Fertig ist das Charakterbild eines psychischen Monsters, einer lebendigen Zeitbombe, einer absolut unberechtigten und unbegründeten Gewalt, die – wer weiß wann – uns alle bedroht.

„Er sondert sich ab, wird unsichtbar, hütet sein Phantasma, sammelt seine Energie und wartet auf seine Stunde.“

Auf der Ebene der Metaphorik ist damit die im Denkversuch konstruierte Gemeinsamkeit zwischen dem deutschen Amokläufer und den Dschihadisten von al Kaida präzise herausgearbeitet. Doch nicht nur Dichter, Enzensberger ist auch Denker und stellt sich unerschrocken der Frage, wie das brisante „Phantasma“ wohl über die Araber gekommen ist.

Eine Lektion Kulturgeschichte: Die Araber – radikale Verlierer

„Wie ist es zum Niedergang jener Zivilisation gekommen, aus der die Weltreligion des Islam hervorgegangen ist?“

Wieder ist die „quälendste Frage“ die ganze Antwort: Denn dass diese Zivilisation gegen uns keine Chance gehabt hat, und dass es die Zivilisation der Araber war, die ihre heutige weltpolitische Unterlegenheit begründet, steht von Anfang an fest. Dementsprechend sieht es heute in der „Welt des Islam“ so aus

„dass jeder Kühlschrank, jedes Telefon, jede Steckdose, jeder Schraubenzieher für jeden Araber, der einen Gedanken fassen kann, eine stumme Demütigung darstellt.“

Ausgerechnet den Verkehr der Nationen, in dem die Araber ja wohl durch andere Mittel als durch Kühlschrank und Steckdose von der Überlegenheit des Westens überzeugt wurden, versteht der Dichter als einen Wettbewerb der Kulturen, in dem jede Entwicklung von technischem Gerät als Plus in einer Ehrbilanz der Herkunfts-Kultur verbucht wird und als Niederlage für andere. So gesehen kann ein deutscher Kulturschaffender guten Gewissens sein Bier aus dem Kühlschrank holen, von dessen Funktionsweise er keine Ahnung hat, während dasselbe für dem Araber eine Blamage ist, die sein Verlierersyndrom aktiviert.

Offenbar hat sich der Freidenker von der Sprachregelung der westlichen Politik, wonach der „Antiterrorkrieg“ eine „Verteidigung der Zivilisation“ sei, zum Studium des Zivilisationsdefizits der islamischen Welt inspirieren lassen. In einer kulturhistorischen Pisastudie weist er klein klein-nach, dass der Islam jahrhundertlang ausschließlich und vergeblich damit beschäftigt war, den Fortschritten der Zivilisation nachzurrennen; so gesehen war der „Kampf der Kulturen“ von Anfang an entschieden! Man denke nur an den Buchdruck:

„Seit dem 15. Jahrhundert haben islamische Rechtsgelehrte die Einführung der Druckerpresse sabotiert. Dabei beriefen sie sich auf

ein Gründungsdogma, dem zufolge es neben dem Koran kein anderes Buch geben dürfe. Erst mit dreihundertjähriger Verspätung...“

– oder an die Dampfmaschine

„Hätte ein Araber im 18. Jhd. die Dampfmaschine erfunden, sie wäre nie gebaut worden.“ (so ein mit vorbildlichem Unterlegenheitsbewusstsein ausgestatteter Araber in Enzensbergers Studie)

– oder an die waffentechnischen Kulturleistungen:

„Die Ungläubigen haben sich als unentbehrliche Lehrmeister erwiesen. Sie haben von der Maschinenpistole bis zum Giftgas sämtliche Waffen erfunden und exportiert, die in der arabisch-islamischen Welt zur Anwendung kamen.“

Besonders ihre Waffen benutzen die Ungläubigen nie selbst; die schicken sie vielmehr selbstlos – allenfalls im Interesse, ihren technischen Vorsprung zu demonstrieren und einen gewissen ideellen Sieg zu genießen – ins Morgenland, wo die Gläubigen mit ihnen abscheuliche Gewalttaten verüben. Mit Waffen morden, die sie nicht einmal selbst erfunden haben, das können die Angehörigen dieser minderwertigen Zivilisation gerade noch. Und dann richten sie unsere technologischen Wunderwerke in ihrem verdienten Minderwertigkeitskomplex auch noch gegen uns! Die westliche Kultur kann mit kriegerischer Gewalt nichts anfangen, jedenfalls merkt Enzensberger davon nichts; bei den Arabern aber ist sie Kultur, pur „destruktive Energie, die durch keine Maßnahme stillgelegt werden kann.“ Und woher kommt's? Vom Koran, der falschen Bibel dieser Verliererkultur, die sich nicht an unsere Gesetze hält:

„Die sakrosankten Vorgaben des Koran haben sich als eine theologische Falle erwiesen. Mit den Verfassungsnormen der Moderne sind sie selbstverständlich unvereinbar.“

Dagegen muss sich „die Zivilisation“ selbstverständlich verteidigen. Die Entschlossenheit der Weltaufsichtsmächte, den militanten Islamismus vom Globus zu eliminieren, ist eine

**GESCHÄFT IST HILFE,
KREDIT IST MENSCHENRECHT
Fortsetzung von Seite 1, Spalte 3 unten**

„Almosen bringen nichts!“ – diese lang erprobte Wahrheit versteht der philanthropische Ökonom allerdings nicht etwa so, dass einmalige Geschenke und Nothilfen an der Lage der Betroffenen nichts ändern und es schon mehr bräuchte – eine kollektive Organisation der notwendigen Arbeit etwa –, um in seiner Weltregion das Leben erträglicher zu machen. Nein, er versteht den Satz pädagogisch, lehnt nicht rückzahlbare Zuwendungen und Entwicklungshilfen ab, nicht weil sie nichts nützen, sondern weil sie die Beschenktten verwöhnen, ihnen den Zwang zur Mühsal ersparen und sie wie Drogenabhängige nur immer noch abhängiger vom nächsten Zuschuss machen. Kapitalismus als Erziehungsmittel ist dagegen genau das, was die Elenden brauchen. Ihrer Schaffenskraft, in die Junus großes Vertrauen setzt – „Jeder Mensch hat die Fähigkeit, für sich selbst zu sorgen“ –, hilft die streng überwachte Pflicht der Zinsenbedienung auf die Sprünge. Das wirkliche Verhältnis von Zweck und Mittel im Bankgeschäft stellt der ökonomische Volkserzieher damit zwar schon auf den Kopf: Zins zu erwirtschaften soll nicht der Zweck des Geldverleihens sein, sondern ein raffiniertes Mittel, um den Schuldner zu regelmäßiger Arbeit anzuhalten und an die Härten der Selbstverantwortung zu gewöhnen. Aber das ist eben ein der VWL würdiger Idealismus; und solange die Rückzahlungen funktionieren, kann man ja so tun, als liefen beide Ziele auf dasselbe hinaus: der Zwang, einen Teil der eigenen Arbeitszeit für die Bank zu arbeiten, als die beste Erziehung zur Arbeit für sich selbst.

Überhaupt bekennen sich der Preisträger wie seine Laudatoren dazu, dass es ihnen noch mehr um die Hebung der Moral der Ärmsten zu tun ist, als um die Hebung von deren Lebensstandard: „Mit seiner Idee, den Armen durch Kleinstkredite zu helfen, gab er vielen Menschen ihre Würde zurück.“ (NN 14.10.) Arme Leute, die ihre Rechnungen bezahlen und Schulden tilgen, haben Würde – die Sorte Selbständigkeit und Respektabilität nämlich, die die Freiheit kapitalistischer Existenzen ausmacht. Ihre vertraglich eingegangene Abhängigkeit vom Mikrokreditgeber ist Unabhän-

schicksalhafte Notwendigkeit – mit einer tragischen Note. Denn die welthistorischen *loser* bringen in all ihrer Unfähigkeit immer noch eines zustande: Sie

„beschädigen noch in ihrer Niederlage unsere Zivilisation!“

Die nötige, die Zivilisation rettende Selbstverteidigung gegen diese „destruktive Energie“ droht zu beschädigen, was sie verteidigen soll: die hohen Werte, die unseren Sieg rechtfertigen.

„Die gefährlichste aller Auswirkungen des Terrors ist die Infektion am Gegner. Auch die amerikanische Demokratie hat sich von ihren islamistischen Feinden anstecken lassen und Mittel wie willkürliche Gefangennahme, Entführung und Folter aus deren Repertoire übernommen.“ (52)

So kann man es auch sehen: dass diese verrückten Verlierer, indem sie das Reich des Guten zu der ihm wesensfremden Gewaltanwendung zwingen, auch noch schuld sind an Guantanamo und Abu Ghraib, Entgleisungen, auf die die überlegene Kultur ohne sie nie verfallen wäre! Ein tragisches Dilemma – und noch gleichzeitig ein Beweis für den hohen Rang dieser gefährdeten und verletzlichen Zivilisation.

Nachdem er Berechtigung und Notwendigkeit des – aber bitte sauberen! – Sieges über diesen Feind psychologisch und welthistorisch erschöpfend nachgewiesen hat, bleibt dem deutschen Dichter nur noch übrig, den Ausgang des wirklichen Krieges in vorbildlicher Haltung abzuwarten.

„Ihre Anschläge stellen ein permanentes Hintergrundrisiko dar, wie der tägliche Unfalltod auf den Straßen, an den wir uns gewöhnt haben. Damit wird eine Weltgesellschaft, die von fossilen Brennstoffen abhängig ist und die fortwährend neue Verlierer produziert, leben müssen.“

Die stoische Verachtung der Verlierer als lästige Begleiterscheinung einer ansonsten grundguten Welt – auf solchem Niveau kann Feindbildpflege stehen!

Vorabdruck aus GEGENSTANDPUNKT 4-06

gigkeit, die erfüllte Pflicht zur Verzinsung ist Freiheit. Hilfe anzunehmen, wäre dagegen Unselbständigkeit, Elend und begründete zu Recht Verachtung.

Mohammad Junus hat sich also wirklich verdient gemacht. Erstens um den immer wieder bedrohten Ruf des globalen Kapitalismus. Mit seiner moralisch besonders glaubwürdigen, weil geldmaterialistische Motive gar nicht verleugnenden Innovation hat er bewiesen, dass sich auch die ganz Armen im Kapitalismus unterbringen lassen; d.h. sich auch für sie – wenigstens für einige von ihnen – die Gleichung von Arbeit für den Lebensunterhalt und Arbeit fürs Kapital organisieren lässt, in diesem Fall eben für das Kapital der Bank. Er hat sich zweitens verdient gemacht um die praktische Verankerung eines angepassten Armutskapitalismus in den Weltregionen, die der Rechnungsweise des Kapitals längst unterworfen sind, ohne dass Kapitalisten mit den menschlichen und natürlichen Produktionsbedingungen dort so recht etwas anzufangen wüssten.

GEGENSTANDPUNKT 4-06

erscheint
am 15. Dezember 2006

Im Buchhandel erhältlich:

Ex Libris

Bismarckstr. 9, 91054 Erlangen

Bahnhofsbuchhandlung Schmidt & Hahn
Bahnhofspl. 8, 90456 Nürnberg

Die Bücherkiste

Schlehengasse 12, 90402 Nürnberg

Hugendubel

Ludwigspl. 1, 90403 Nürnberg

Rüssel, Frankenzentrum

Glogauer Str. 38, 90473 Nürnberg

Bestellungen beim

GegenStandpunktVerlag

Augustenstraße 24

80333 München

Tel.: 089/272 16 04

Fax: 089/272 16 05

E-Mail: gegenstandpunkt@t-online.de

DER STAAT KAUFT SICH KINDER
Fortsetzung von Seite 2, Spalte 4 unten

sen Kinderreichtum neigen. Die Verwalter des Gemeinwesens registrieren nicht nur, was ihr Wirtschaftssystem an Arbeitslosigkeit und Massenelend erzeugt, sie selbst organisieren für die überflüssigen, weil für die Wirtschaft unbrauchbaren Arbeitskräfte mit Hartz IV und anderen Sozialreformen immer steilere Verelendungskarrieren, produzieren Perspektivlosigkeit und Verwahrlosung. Sogar der Umstand, dass ihr auf Auslese zielendes Bildungssystem dafür sorgt, dass sich diese Karrieren ziemlich zuverlässig vererben, ist ihnen geläufig – nur wie! Sie lasten diese Zerstörung von Leben und Charakteren den Opfern ihrer Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik als deren Versagen an. Und von so kaputten Typen braucht das Land keine Kinder! Die „kleine familienpolitische Revolution“ (Bärbel Dieckmann, SPD) macht Schluss mit dem veralteten sozialpolitischen Grundsatz, dass staatliche Hilfe dorthin gelenkt werden sollte, wo die Not am größten ist; jetzt gilt das Gegenteil:

„Zum ersten Mal in unserer gesamten Familienförderung geben wir mehr Geld für die Rechtsanwältin als für die Rechtsanwaltsgehilfin, wenn sie schwanger wird.“ (Armin Laschet, CDU, Generationen- und Integrationsminister in NRW)

Das bisherige „Erziehungsgeld“ wird abgeschafft, „weil es bildungsfernen Schichten die Entscheidung zum Kind zu sehr erleichtert, aber für berufstätige Frauen kein Anreiz sei, sich für ein Kind zu entscheiden.“ (FAZ, 2.8.06).

„Während das bisherige Erziehungsgeld als kindbezogene Sozialleistung konzipiert ist, wird das Elterngeld eine elternbezogene Lohnersatzleistung sein. Für nicht Berufstätige und Geringverdiener hat das eine teils erhebliche Verschlechterung zur Folge, da sie das monatlich 300 Euro betragende Erziehungsgeld bis zu zwei Jahre erhalten haben. Folglich ist das Elterngeld nur für Normal- und insbesondere Gutverdienende, die bisher aufgrund mangelnder Bedürftigkeit maximal sechs Monate Erziehungsgeld bekommen haben, eine finanzielle Verbesserung.“ (Wikipedia)

Genau darum geht es der Familienministerin: Sie will ausdrücklich „mehr gut ausgebildete junge Frauen und Männer zur Familiengründung animieren“ und gestaltet dafür das Elterngeld als „Einkommensersatz“ und „echte finanzielle Kompensation“ für den kindbedingten Verdienstaustausch von: „Bis zu einer Bemessungsgrenze von 2.700 € erhalten Eltern 1 Jahr lang 67 % ihres vorherigen Nettoeinkommens, wenn sie ihr Kind daheim betreuen.“ Wenn auch der junge Vater noch eine kleine Auszeit nimmt, wird das Elterngeld sogar 14 Monate lang gewährt.

Denn: „an einem Problem in unserem Land können wir nicht vorbeisehen. Je besser die Ausbildung der jungen Frauen und Männer, desto seltener entscheiden sie sich für Kinder.“ Ausgerechnet die guten, leistungswilligen und -fähigen Bürger des Landes versagen bei der fälligen Reproduktion des Volkskörpers. Viel zu wenig kommen die staatlichen Wunschkinder aus den intakten Familien zustande, in die die Eltern das pro-soziale Streben so zuverlässig implantieren, dass es dann auch drin ist und lauter brave, beschäftigte, Steuer zahlende und sich ihrerseits zuverlässig fortpflanzende Jungbürger auf der Matte stehen. Frau von der Leyen führt dieses Versagen auf eine Leistung zurück, die der Staat von den patenten Gebär-Verweigerern auch gar nicht missen will. Auch Frauen sollen nicht mehr daheim am Herd bleiben, sondern studieren, Karriere machen und die Wirtschaft voranbringen – ein Staatsinteresse, das die Ministerin an der jungen Generation als deren eigene Orientierung entdeckt haben will und deren Recht sie gegen das veraltete CSU-Ideal von der Einverdiener-Familie mit Hausfrau offensiv vertritt. Unter der gewünschten Berufsorientierung soll nur das andere Staatsinteresse an nationalem Nachwuchs nicht leiden, sondern als verwirklichter Kinderwunsch wieder selbstverständlicher Teil einer modernen Lebensgestaltung werden.

„Familienpolitik muss sich an den Lebensentwürfen der heutigen jungen Generation orientieren. Dass junge Frauen heute arbeiten, sei selbstverständlich. Die Frage ist nur: Entscheiden sie sich für oder gegen Kinder?“

Diese Frage will die Ministerin richtig, nämlich mit einem klaren und massenhaften „Pro“ beantwortet haben. Dafür greift sie ganz un-

sentimental zu dem Mittel, mit dem im Kapitalismus noch alles zu haben ist: Den nötigen „Anreiz“, dem auch und gerade berufstätige Frauen sich nicht werden entziehen können, setzt sie mit Geld und kalkuliert gleich mit ein, dass die ausgelobte Prämie, um als Anreiz zu wirken, natürlich um so höher sein muss, je weniger es um die Behebung wirklichen Geldmangels geht und je mehr um die Einflussnahme auf die freie Lebensplanung von Besserverdienenden. Auf solche Elite-Eltern setzt sie: Schlau kalkulierende Karrieristen, die sich darauf verstehen, die kompensatorischen Leistungen einer staatlich gesponserten Familienidylle mit Kindern gegen eine Selbstverwirklichung ohne Kinder aufzurechnen, beruflichen Aufstieg gegen eine vom Staat spendierte berufliche Auszeit abzuwägen, einem geschenkten Einkommensersatz die „Grundmelodie“ des Lebensglücks durch Nachwuchs abzulauschen – ein ganz anderer Menschenschlag jedenfalls als die Figuren, die notorisch im Verdacht stehen, sich übers staatliche Kindergeld einen bescheidenen Lebensunterhalt ohne Arbeit zu ergaunern; Menschen nämlich mit Verantwortungsbewusstsein, bereit, gegen ein bisschen finanzielle Nachhilfe die Gleichung vom privaten Lebensglück und öffentlichen Dienst wahr zu machen und ihrem Gemeinwesen eine ökonomisch, sittlich und biologisch funktionierende Keimzelle zu stellen.

Radio Lora vom 16.10.06

Die wöchentlichen Analysen der Redaktion des GegenStandpunkt in Radio Lora können nachgelesen werden unter:

www.gegenstandpunkt.de/radio/gsr2006.htm

Sprüche und Widersprüche

Verteilen verboten

Warum die in Hamburg entdeckten Plagiate geschreddert werden

FAZ, 16.11.06 Im Hamburger Hafen laufen zur Zeit die Schredder heiß. Die vom Zoll in den vergangenen Wochen entdeckte Fälscherware wird zerkleinert und zerstört. 117 Container hatten die Zöllner insgesamt beschlagnahmt – vollgestopft mit nachgemachten Artikeln etwa der Marken Adidas, Puma, Nike oder Rolex. Tonnenweise wandern Turnschuhe, Textilien und Spielzeug mitsamt Verpackung in den Schredder. Das Granulat türmt sich zu Bergen auf. Weil der Fund so spektakulär und die Menge so groß war, arbeiten gleich vier Firmen zusammen. Angesichts der Müllkippe aus nachgemachten Luxusprodukten kam schnell die Frage auf: Hätte man sie nicht an Bedürftige verteilen können? Nein, heißt es beim Roten Kreuz. „Wir haben sowieso schon ein Überangebot an abgelegter Kleidung“, sagt Sprecher Lübbo Roewer. Mit etwa 20 Kilogramm pro Jahr seien die Deutschen Weltmeister im Spenden von Altkleidern. Die vom Zoll beschlagnahmte Ware in Entwicklungsländer zu verschicken sei auch zu teuer. „Selbst wenn uns ein Reeder Platz in seinen Schiffen zur Verfügung stellt, wären der logistische Aufwand und die Zölle zu hoch.“ Auch Misereor will die Ware nicht verschicken. „Dadurch würden die lokalen Märkte in Entwicklungsländern geschwächt“, sagt Sprecherin Barbara Wiegand. Mit den nachgemachten Luxusartikeln wie Rolex-Uhren oder Designer-Handtaschen kann man in der Dritten Welt ohnehin kaum etwas anfangen.

Auch das Hamburger Zollamt sieht keine Möglichkeit, Kleidung oder Schuhe an Bedürftige abzugeben. Sprecherin Sarah Gauweiler sagt: „Die Ware muss zerstört werden.“ [...] Tja, was macht man im Kapitalismus mit so einem riesengroßen Haufen nagelneuer Gebrauchswerte? An Bedürftige verteilen geht nicht, denn das Rote Kreuz kriegt schon seine Altkleider nicht los – woraus messerscharf folgt, dass unsere hießigen Elendsfiguren mit geschenkten nigelnagelneuen Turnschuhen, Klamotten oder Spielsachen nichts anzufangen wüßten. Auswärtigen Hungerleidern kann man sie auch nicht geben – man stelle sich

Die SG veranstaltet regelmäßig einmal im Monat mittwochs einen Diskussionstermin. Näheres unter www.sozialistischegruppe.de

Die „historische Mission“ der Bundeswehr im Libanon: Was will Deutschland auf dem Kriegsschauplatz im Nahen Osten?

Die deutsche Regierung feiert es als Erfolg, im Verbund mit anderen europäischen Staaten und im Rahmen des UN-Mandats eigene Streitkräfte in den Libanon schicken zu können. Nach eigener Aussage schickt sie ihre bewaffneten Staatsdiener in eine „bedeutsame“ Region, die hochgradig gefährlich ist, „in der sich wie kaum an einem anderen Ort der Welt die Konflikte so sehr und so dicht ballen“. Mit dieser Aussage hat die Bundeskanzlerin in der Bundestagsdebatte für den Einsatz geworben – eine Anhäufung von Konflikten spricht also nicht dafür, sich von dort fernzuhalten, vielmehr wird eine Region umso „bedeutsamer“, ja, geradezu attraktiv, je mehr gewalttätige Gegensätze aufeinander treffen.

Angela Merkel nennt einen weiteren Grund, warum die „bedeutsame Region“ Deutschland verpflichtet, seine Marine vor der Küste des Libanon zu platzieren: „An kaum einem anderen Ort der Welt wird die einzigartige Verantwortung Deutschlands ... für die Lehren aus der deutschen Vergangenheit, so deutlich wie hier.“ Die „Lehren aus der Vergangenheit“ gebieten Deutschland, sich für den Schutz Israels einzusetzen. Allerdings ist der „Schutz“, den die deutsche Regierung im Auge hat, nicht identisch mit dem meisten politischen Willen der israelischen Regierung: Die Kanzlerin will sich für eine „Wiederbelebung und aktive Rolle des Nahost-Quartetts“ und für die „Schaffung eines palästinensischen Staates“ einsetzen – mit seinem letzten Krieg, und nicht nur mit dem, hat Israel aber deutlich gemacht, wie wenig es davon hält. Die „unverbrüchliche Solidarität“ Deutschlands mit Israel geht offensichtlich nicht darin auf, sich für Israels Belange dienstbar zu machen.

Denn die „Verantwortung“ Deutschlands und der EU geht ein ganzes Stück darüber hinaus: „Wir können nicht sämtliche Verantwortung in der Region lassen. Wir müssen unsere Kraft im Nahen Osten einbringen, solange die eigenen Kräfte dort zum Frieden noch nicht ausreichen.“ (Außenminister Steinmeier) Die „eigenen Kräfte dort“, die die Zuständigkeit für „den Frieden“ in der Region beanspruchen, heißen USA und Israel. Der Außenminister behauptet, sie würden „nicht ausreichen“ – und reklamiert so für sich und die EU eine eigene Ordnungskompetenz. Das macht die Attraktivität einer Region aus, in der sich „die Konflikte so sehr und so dicht ballen“: Sie ist eine wichtige Etappe in der Konkurrenz der Mächte, die für „den Frieden“ weltweit zuständig sein wollen. In dieser Konkurrenz kommt man mit „friedlichen Mitteln“ nicht weit: „Wirtschaftliche Aufbauhilfe“, „diplomatische Beziehungen“, eine „Vermittlerrolle“, gut und schön, aber wer wirklich etwas in Sachen „Frieden“ ausrichten will, braucht eine Kampftruppe, die mit einem „robusten Mandat“, also mit der Erlaubnis und der Bereitschaft zum Schießen, versehen ist. Aber die gibt es ja jetzt ...

Mittwoch, 13. Dezember 2006, 20.00 Uhr
Turnstr. 7 (Gebäude des Sprecherrats, 1.OG), Erlangen

vor, was das kostet, schließlich muss der Staat noch seine Zölle darauf eintreiben und die Verladefirmen müssen sich auch noch daran bereichern! Man muss auch bedenken, dass es sich gerade bei den Bewohnern der Dritten Welt um Figuren handelt, die gerne mit ihrer Kaufkraft knausern und insofern den lokalen Märkten nicht mehr zur Verfügung stünden, wenn sie die Sachen einfach geschenkt bekämen, die sie brauchen. Und überhaupt: Was will ein Hungerleider hier wie dort eigentlich mit Rolex-Uhren und Designer-Handtaschen (alias „Turnschuhe, Textilien und Spielzeug“ resp. „Kleidung oder Schuhe“); darben geht doch auch ohne! Bitteschön, ihr Volksaufklärer. Dass „die Ware zerstört werden muss“, ist ja richtig. Wir leben schließlich in der Marktwirtschaft, und dass ein Bedürfnis zum Zuge käme ohne dass dem Recht des rechtmäßigen Eigentümers entsprochen würde, verbietet sich da natürlich. Aber was ihr an ehrbaren Gründen erfindet, warum Gebrauchswerte den Bedürftigen vorzuziehen werden müssen, ist echt peinlich.

Gefährliche Unterschicht

Die SZ 17.10.06 bringt das Unterschichten-Problem auf den Begriff: „Wo es zu wenig Arbeitsplätze gibt und auf mittlere Sicht auch keine neuen hinzukommen, wo Ungelernte, Hilfsarbeiter, aber auch einfache Arbeiter immer weniger Chancen auf einen Job haben, wo Lehrstellen rar sind – wie in Teilen Ostdeutschlands –, da ist die Gefahr groß, dass Menschen sich in der Perspektivlosigkeit einrichten.“

Wenn nicht wenige Arbeitslose keine Jobs und so mancher Jugendlicher keine Lehrstelle findet und daran sich auch „mittelfristig“ nichts ändern wird, dann ist es zwar logisch, dass sie sich in der „Perspektivlosigkeit einrichten“, schließlich liegen die Perspektiven ja in weiter Ferne. Dulden können Politik und Presse dieses Verhalten nicht. Schließlich ist ihre Verwahrlosung eine „Gefahr – für das Gemeinwesen. Dass dieses sie für überflüssig erklärt und verarmt hat, entbindet sie noch lange nicht von der Pflicht, selber anständig zu bleiben und ihre Kinder zu ebensolchen anständigen Menschen zu erziehen.

GEGENSTANDPUNKT 4-06

Imperialismus heute

*Weltmarkt und Weltmacht
Von der globalisierten Zivilgesellschaft und ihrer antiterroristischen Kriegskultur*

„Die Haupttendenzen auf der Welt sind Frieden und Entwicklung“

China will Weltmacht werden

Die neue „strategische Partnerschaft“ USA-Indien

Indien – Adressat und Nutznießer amerikanischer Weltordnungsbedürfnisse: Als Großmacht von Amerika anerkannt, gefördert und gefordert

Amerikanische Energiepolitik 2006

Eine Fallstudie zum „dual use“ von Energie

*Die Demokratisierungskarriere des Irak
Vom ‚Schurken-Staat‘ zum ‚failed state‘*

34-Tage-Krieg im Libanon

Israel verteidigt sein Existenzrecht als regionale Supermacht

Chronik – kein Kommentar!

(1) BND und deutscher Journalismus in „Spitzelaffäre“ verstrickt:

Die öffentliche Aufklärung im Clinch mit der geheimen

(2) Die Selbstbehauptung eines verfemten Staatsmannes:

Ahmadinedschad attackiert die moralische Hegemonie des Westens

Mit der ‚Auschwitzlüge‘ gegen die Legitimität Israels

Ahmadinedschad liest dem ‚Leibhaftigen‘ die Leviten

(3) „Produktivitätsoffensive“ bei der Volkswagen AG:

Wieder an die Spitze – mit massenhaft unbezahlter Mehrarbeit und Entlassungen!

(4) Grundkurs Ideologiekritik – heute:

„Trotz Rekordgewinnen: Allianz streicht 7500 Arbeitsplätze“

Was heißt da „trotz“?

u.a.

Erhältlich im Buchhandel
oder beim GEGENSTANDPUNKT-Verlag